

„Der Euro ist ein deutscher Käfig. (...) Italien braucht einen Plan B für den Ausstieg aus dem Euro, sollten wir dazu (...) gezwungen sein.“

Ein Auszug aus der Autobiografie von Paolo Savona, Kandidat der Lega und der 5-Sterne-Bewegung für das Finanzministerium. Italien müsse auf einen Euro-Ausstieg gefasst sein, so Savona, der allerdings in seinem Buch nicht für einen Ausstieg aus der Gemeinschaftswährung plädiert.



Haider al-Abadi und Muqtada as-Sadr (r.)

APA/afp/STRINGER

Und wieder Abadi

VON HEINZ GÖSTEL

ATHEN. Nachdem die irakischen Wahlergebnisse vom 12. Mai eine ganze Woche auf sich warten ließen, nimmt nun ihr Überraschungssieger, der schiitische Außenseiter Muqtada as-Sadr, die Regierungsbildung umso rascher in Angriff. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass dabei Iran sein bisher dominierender Einfluss in Bagdad zu entgleiten droht, während sich Teheran ganz auf eine Schadensbegrenzung nach dem US-Ausstieg vom Atomabkommen konzentriert. Sadr bekämpft nicht nur jede iranische Einmischung, er macht der Islamischen Republik sogar die Führung der schiitischen Welt zugunsten des Irak streitig. Einer der Ersten, mit denen sich der Parteichef des siegreichen Reform-Blocks Sairun Mitte der Woche getroffen hat, war der Botschafter Saudi-Arabiens, des Todfeinds der Iraner am Golf. Sodann nahm er Fühlung mit den zweitwichtigsten schiitischen Klerikern neben den Sadr auf, der Dynastie al-Hakim.

Diese ist hochangesehen und populär, seit unter Saddam Hussein 69 ihrer Angehörigen getötet wurden. Ihr heutiger Familien-Chef Ammar al-Hakim floh im iranischen Revolutionsjahr 1979 nach Teheran. Bei seiner Rückkehr 2007 brachte er aus der Islamischen Republik – wie auch Muqtada as-Sadr – recht ungeliebte Erinnerungen mit. Mit seiner Partei „Hikma“

(Weisheit) errang al-Hakim bei diesen Wahlen den siebten Platz. Mit ihm allein kann Sadr natürlich keine neue Regierung bilden. Das ist die neue Chance für den diesmal auf den dritten Platz zurückgewählten bisherigen Regierungschef Haider al-Abadi, ebenfalls Schiit.

Al-Hakim hat zu ihm gute Beziehungen, da seine Partei – unter einem anderen Namen – am alten Kabinett Abadi beteiligt war und sogar den wichtigen Ölminister gestellt hat. Auch Sunniten und Kurden dürften für eine Regierung Abadi mit Sadr und al-Hakim als Hintermänner zu gewinnen sein, wenn ihnen für die Ämter des Parlaments- und Staatspräsidenten – die ihnen nach der Verfassung zustehen – personelle Konzessionen gemacht werden. In die Opposition gedrängt soll offenbar die zu 100 Prozent proiranische Partei Fath (Eroberung) des Miliz-Haudegens Hadi al-Amri werden.

Mit seinen schiitischen „Volksstreitkräften“ (Haschd al-Schaabi) hatte er entscheidend zur Rückeroberung von Mossul und dem Endsieg über die Terroristen vom „Islamischen Staat“ (IS) beigetragen. Mit dem Slogan „Ein guter Kämpfer ist auch ein guter Abgeordneter“ kam er bei diesen Wahlen auf den zweiten Platz. Amri ist aber politisch ziemlich isoliert. Er würde es schwer haben, Koalitionspartner für eine Regierungsbildung zu finden.

Das Savona-Veto

ITALIEN: Staatspräsident Mattarella gegen den Deutschland- und Euro-Kritiker Paolo Savona als Finanzminister

ROM (mit/APA/D). Probleme bei der Besetzung des Finanzministers haben am Freitag zu Verzögerungen bei der Zusammensetzung der Regierungsmannschaft geführt. Der designierte Premier Giuseppe Conte feilte gestern den ganzen Tag lang an einer Ministerliste.

Der Rechtsprofessor besuchte am Nachmittag Staatspräsident Sergio Mattarella im Quirinal, den er über die Verhandlungen über die neue Regierung informierte. Wann Conte dem Staatsschef die Ministerliste unterbreiten wird, steht noch nicht fest. Dies könnte heute oder am morgigen Sonntag erfolgen. Nach den Wünschen der Lega soll der ausgemachte Deutschland- und Euro-Kritiker Paolo Savona (81) das wichtige Finanzressort besetzen.

Die umstrittene Personalie dürfte allerdings Mattarella nicht gefallen, der die Ministerliste absegnen muss. Laut Medienberichten deutete Mattarella an, gegen Savona zu sein. Der Ökonom sieht den Euro als „deutsches Gefängnis“ für Italien. Von Journalisten gefragt, ob es gegen ihn ein Veto gebe, antwortete Savona am Freitag: „Ich glaube ja“. Der Euroskeptiker, der über Erfahrungen im Finanzsektor, in der Wissenschaft, aber auch als Industrieminister verfügt, droht die Finanzmärkte mit eurokritischen Ansichten zu verschrecken.

„Deutschland hat die Vision seiner Rolle in Europa seit dem Ende des Nationalsozialismus nicht verändert“

In seiner Autobiografie, die die Zeitung „La Stampa“ auszugsweise veröffentlichte, attackiert Savona Deutschland scharf: „Deutschland hat die Vision seiner Rolle in Europa seit dem Ende



Umstritten: Der Ökonom Paolo Savona.

ANSA/GIUSEPPE GIGLIA

des Nationalsozialismus nicht verändert, sondern allein die Idee aufzugeben, sie militärisch durchzusetzen.“ Italien müsse einen „Plan B für den Ausstieg aus dem Euro“ schmieden, schreibt er in seiner Autobiografie weiter. Andernfalls drohe Italien wie Griechenland zu enden.

Laut der Lega könnte Savona zur Galionsfigur einer Anti-Brüssel-Achse werden. „Savona ist die Person, die Italien ins Zentrum der Debatte in Europa zurückbringen kann. Er ist der Ökonom, der am besten den Willen der Italiener verkörpert, in Europa mehr zu zählen. Er ist die Garantie, dass Italien eine Protagonistenrolle in Europa spielen kann. Warum sollte Mattarella sich gegen Savona als Minister wehren?“, fragte Lega-Vorsitzender Matteo Salvini. Angesichts der Haltung

des Staatspräsidenten reagiert er aber nervös. „Ich bin wirklich sehr zornig“, schrieb Salvini am Freitagabend auf Facebook, ohne weitere Erklärungen. 5-Sterne-Chef Luigi Di Maio setzte ein „Like“ unter den Eintrag. Für Di Maio ist Savona der richtige Minister für die „Regierung des Wechsels. Wir suchen die besten Persönlichkeiten, um den Wandel in Italien zu starten: Zu ihnen zählt auch Professor Savona“, meinte Di Maio. Er traf gestern mit Conte und Salvini zusammen, um über die Regierungsbildung zu diskutieren. „Das Treffen ist gut verlaufen. Wir verstehen uns so gut, als hätten wir jahrelang zusammengearbeitet“, sagte Di Maio. Der designierte Premier Conte beweist inzwischen, dass ihm die Rechte von Kleinanlegern am Herzen liegen, die im

ARTIKEL 92

Befugnisse des Staatspräsidenten

ROM (mit). Laut Artikel 92 der italienischen Verfassung bestellt der Staatspräsident den Premier und auf dessen Vorschlag die Minister. Der Staatspräsident kann vorgeschlagene Minister aber ablehnen; die Ernennung der Minister obliegt ihm. Für die Bildung der Regierung unterzeichnet der Staatsschef 3 Dekrete, die auch die Unterschrift des Premiers haben müssen: Sie betreffen die Ernennung des Premiers und der einzelnen Minister. Mit einem dritten Dekret wird der Rücktritt der scheidenden Regierung angenommen. Der Präsident des Ministerrates und die Minister leisten vor der Amtsübernahme einen Eid in die Hand des Staatsschefs. Innerhalb von 10 Tagen nach ihrer Bildung stellt sich die Regierung den Kammern vor, um ihr Vertrauen zu erhalten.

Zuge der Rettung von Pleite gegangenen Regionalbanken ihre Ersparnisse verloren haben. Er traf Vertreter der Kleinanleger und der Konsumentenschutzverbände. Die Entschädigung der Kleinanleger ist seit jeher ein Hauptanliegen der 5-Sterne-Bewegung, die mit der Lega Conte als Premier designiert hat. Conte führte gestern auch ein Gespräch mit Notenbankchef Ignazio Visco. Die Grillini hatten sich 2017 gegen den Amtsverbleib Viscos als Notenbankchef gewehrt, weil dieser ihrer Ansicht nach seinen Aufsichtspflichten im Bankensystem nicht nachgekommen sei. Im Oktober 2017 bestätigte die Regierung Gentiloni Visco jedoch als Notenbankchef.

EUROPA-SPLITTER

Digitalisierung und Daten

BRÜSSEL: Am Freitag ist in der gesamten EU das modernisierte Datenschutzrecht in Kraft getreten

BRÜSSEL. Diese Woche hatte Mark Zuckerberg, der Facebook-Chef, vor dem Europäischen Parlament ausgesagt. Es ging um den Missbrauch von auf Facebook gespeicherten Daten von Usern aber auch von Dritten. Die Befragung wurde als ineffizient kritisiert, da es Zuckerberg zu leicht gemacht worden sein soll, Fragen auszuweichen. Gleichzeitig waren aber die Fragen im Europäischen Parlament tiefer gehend als jene, die Zuckerberg im amerikanischen Senat beantworten musste.

Tatsächlich hat der Datenschutz in Europa eine stärkere Tradition und Stellung als jenseits des Atlantik und hat diesen nun erheblich ausgebaut mit der Aussicht, dass dieser neue EU-Schutz sich zum globalen Standard entwickelt.

Datenschutz bezweckt personenbezogene Daten vor Missbrauch zu schützen. Derjenige auf den sich die geschützten Informationen beziehen, soll selbst entscheiden können, ob und zu welchem Zweck seine Da-



Die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist in Kraft.

ten gespeichert und verwendet werden. Dieses Recht auf „informationale Selbstbestimmung“ wird nun gestärkt.

Während sich die Möglichkeiten der Datenverarbeitung aufgrund der technischen Entwicklungen rasant ändern, blieb der juristische Schutz über Jahre unverändert. Dies obwohl die Digitalisierung – und damit auch die Verletzlichkeit unserer Daten und Privatsphäre – stetig voranschreitet. Gerade erst letzte Woche wurde der neue jährlich er-

mittelte Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) vorgestellt. Er dient der Messung der Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten auf dem Weg zu einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Zahl der Verträge für Mobilfunk-Datendienste ist seit 2013 um 57 Prozent gestiegen.

Fast die Hälfte aller Europäerinnen und Europäer nutzen das Internet zum Telefonieren – letztes Jahr waren es noch um 20 Prozent weniger. 81 Prozent aller

Europäerinnen und Europäer sind mindestens einmal wöchentlich online. 58 Prozent der Internetnutzer, die bei ihren Behörden Formulare einreichen, nutzen dafür das Internet und 18 Prozent aller Personen machen Gebrauch von elektronischen Gesundheitsdiensten. Vor diesem Hintergrund scheint es angemessen durch neuen Datenschutz das Vertrauen in die Online-Welt zu stärken.

Das einschlägige EU-Datenschutzrecht stammt aus dem Jahre 1995. 2016 einigte man sich auf eine große Reform. Mit 25. Mai 2018 ist nun die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Die „Dolomiten“ hat gestern bereits im Detail berichtet. Die Reform reagierte auf Umfragen, dass 9 von 10 EU-Bürgern besorgt sind, dass Apps für mobile Geräte ihre Daten ohne ihre Zustimmung speichern könnten. 7 von 10 EU-Bürgern zeigen sich besorgt, dass Unternehmen die von ihnen angegebenen Daten weitergeben können.

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Braucht es einen neuen Datenschutz?

Gabriel N. Toggenburg: Denken Sie an die Spuren, die wir im Internet täglich hinterlassen und die gesammelt und verwertet werden. Oder an „cloud computing“ und die vermehrte direkte Verbindung von Geräten mit dem Internet, das so genannte Internet der Dinge, und an den internationalen Austausch solcher Nutzerdaten. Der EU-Gerichtshof hat hier immer wieder Schutzriegel vorgeschoben – wie beispielsweise beim so genannten „Recht auf Vergessenwerden“. Das musste nun in Regeln gefasst werden.

„D“: Ist dieses Recht das wichtigste Element?

Toggenburg: Nein, es ist vielleicht jenes, das am meisten Interesse erweckt. Das Recht, die eigenen Spuren im Netz zu löschen, ist nicht absolut, denn

ansonsten würde es ja dem Recht auf Information widersprechen. Die größte Änderung besteht darin, dass dem Recht auf Datenschutz Zähne verliehen werden. Es gibt neue Klagemöglichkeiten, und die Sanktionen für Rechtsbrüche sind deutlich verstärkt worden.

„D“: Die Staaten haben nun weniger Spielraum?

Toggenburg: Ja, das alte EU-Datenschutzrecht war eine Richtlinie, die den Staaten Freiheit bei der Umsetzung einräumt. Die neue Datenschutzgrundverordnung gilt unmittelbar. Aber auch hier wurden Möglichkeiten der Gestaltung gelassen.

„D“: Zum Beispiel?

Toggenburg: Bei der Einwilligung eines Kindes in den Gebrauch seiner Daten im Internet. Italien blieb hier bei den in der Verordnung vorgesehenen 16 Jahren, während Österreich bereits 14-Jährigen eine solche Einwilligung ermöglicht.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz